Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 57 (1977-1978)
Heft: 2

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

JEIN ZUM FINANZPAKET?

Der ohnehin vielbeschäftigte Stimmbürger kommt in diesem Jahr kaum noch zu Atem. Noch hat er die Parolen zu den Überfremdungsinitiativen im Ohr, die am 13. März zur Abstimmung gelangten. Und schon wird er von allen Seiten und von früh bis spät mit Informationen und Meinungen zum 12. Juni, dem Tag der Finanzabstimmung, berieselt. Daneben laufen bereits publizistische Aufklärungsprogramme für den Septembertermin, an dem unter anderem über die Mieterschutzinitiative entschieden werden soll. Und selbst das voraussichtliche Haupttraktandum der Dezemberabstimmung, die Reichtumssteuer-Initiative, wird ebenfalls bereits nachdrücklich signalisiert, indem diese Vorlage von einzelnen sozialistischen Gremien als Alternative zum Finanzpaket angepriesen wird.

Schwere Kost also für uns alle, teils im Sinne ordnungspolitischer Ausmarchungen, teils von der sachlich-politischen Substanz her; eine Konstellation aber auch, bei der eine Fortsetzung der Neinwelle der letzten zwei Jahre keine allzu grosse Überraschung darstellen würde. Das macht vor allem unseren Finanzpolitikern Sorge: Das Finanzpaket, das in mancher Hinsicht geradezu ein Paradestück eidgenössischer Kompromisskunst darstellt und als solches nicht ohne weiteres wiederholbar ist, dürfte nicht leicht über die Hürde des Volks- und Ständemehrs zu bringen sein.

Das mag zunächst am Gegenstand liegen. Finanzvorlagen, die per Saldo wesentliche Mehreinnahmen bringen, mögen noch so gut «verpackt» sein – für den Bürger bleiben sie das, was sie im Kern auch sind: neue staatliche Griffe nach dem Geldbeutel des einzelnen. Dagegen ist mit dem Hinweis, die Mehrwertsteuer sei unter anderem auch der notwendige Ersatz für die langsam absterbenden Zölle, kaum ernstlich aufzukommen. Darum werden Finanzvorlagen beim ersten Anlauf auch meist zurückgeschickt, und sei es nur um der Genugtuung willen, dem Schicksal ein Schnippchen geschlagen und das an sich Unausweichliche nochmals hinausgeschoben zu haben.

Zu dem in psychologischer Sicht durchaus «normalen» Abwehrreflex gegenüber neuen Steuerlasten kommt als weiterer Grund für die Jein- oder Neintendenz die Tatsache hinzu, dass Finanzvorlagen allgemein komplex und schwer überschaubar sind und dass sie zudem notgedrungen «ausgewogen» im Sinne einer «Symmetrie der Opfer» und des parteipolitischen Kompromisses sein müssen. Das heisst praktisch, dass niemand ganz glücklich ist und sich auch kein Politiker voll mit jedem Detail identifizieren lässt. Der Bürger sieht sich damit einer Vorlage gegenüber, die inhaltlich schwer verständlich ist, von niemandem mit Begeisterung «verkauft» wird und den einzelnen zudem etwas kostet. Entsprechend wird er durch emotional eingefärbte Neinparolen verhältnismässig leicht ansprechbar sein, während es ihn sehr viel mehr Mühe kostet, die praktisch nur mit ra-

tionalen Argumenten des finanzpolitischen Sachverstands und der «staatsbürgerlichen Vernunft» gestützte Japarole des «politischen Establishments» zu der seinen zu machen.

Unter diesen Umständen ist die Neigung in weiten politischen Kreisen gross, für den 12. Juni «den Dingen der Lauf zu lassen». Doch stellt sich die Frage, ob damit der Weg zu noch besseren Lösungen tatsächlich offener würde. Natürlich hält es nicht schwer, rein haushaltstechnisch ansprechendere Alternativen anzubieten. Doch sobald sie in den Raum des politischen Kraftfelds hineingestellt und unter dem Aspekt des «politisch Möglichen» überprüft werden, sieht die Sache anders aus: Bei realistischer Einschätzung der Lage darf in einem allfälligen zweiten Gang kaum etwas Besseres erwartet werden. Daraus ergibt sich die illusionslos nüchterne Schlussfolgerung, dass uns ein Jein, das heisst ein «Ja mit Bedenken» oder ein «konstruktives Nein» trotz allen gegenteiligen Beteuerungen nicht weiterbringt.

Richard Reich

WER BRINGT DAS ERSTE OPFER?

Die Bauwirtschaft, man weiss es, befindet sich in Nöten. Die Rezession, aber auch eine vorangegangene, übersteigerte Expansionsphase, haben sie einem höchst unsentimental wirkenden Anpassungsprozess ausgesetzt. Anpassung heisst Reduktion der Kapazitäten, heisst für den einzelnen Bauunternehmer möglicherweise auch Ausscheiden aus dem Markte. Die Bedrohung der unternehmerischen Existenz mobilisiert begreiflicherweise die Widerstandskräfte. Folge? Der Kampf aller gegen alle lässt den Preis ins «Bodenlose» sinken. Wer diesen Kampf, wenn auch redimensioniert, besteht, hat eine Überlebenschance. Niemand vermag aber auch nur mit einiger Sicherheit anzugeben, wie lange er noch anhalten wird. Jedenfalls steht sein Ende noch nicht in Sicht.

Kein Wunder deshalb, dass sich auch in der Bauwirtschaft immer mehr Stimmen regen, die eine *von der Branche selbst organisierte* Redimensionierung fordern. Die Branche, und nicht der Markt allein, soll darüber befinden, *welche* Kapazitäten abzubauen sind. Das würde den Leidensweg abkürzen und es den Überlebenden gestatten, wieder Boden zu finden. Der Preiskrieg könnte beendet, oder doch entschärft werden.

Bleibt nur die Frage, *wie* eine solche Strategie zu realisieren ist. Mit dem Mittel der Freiwilligkeit (etwa nach dem Motto: «Wer bringt das erste Opfer?») ist da bestimmt nichts anzufangen. Ebensowenig, wie sich in der Boomphase mit Hilfe der Freiwilligkeit «Disziplin» herstellen lässt, darf davon ausgegangen werden, dieses Kunststück könnte im umgekehrten Falle, jenem der Rezession, gelingen.

Kann der *Staat* hilfreich einspringen? Möglicherweise dadurch, dass er zusätzliche Nachfrage nach Bauleistungen erzeugt? Dieser Weg ist in den Industrieländern mehrfach beschritten worden, auch in der Schweiz. Drei *In-*

vestitionsprogramme sind vom Bundesrat bereits in Szene gesetzt worden; das vierte liegt in den Schubladen des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements zum Einsatz bereit. Das Ziel der staatlichen Investitionspolitik liegt in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es geht der staatlichen Wirtschaftspolitik um die Stützung von Kapazitäten im Blick auf die Verhinderung einer «untragbar» grossen Arbeitslosigkeit. Und er verbindet damit gleichzeitig die Hoffnung, einen allgemeinen, wenn auch moderierten Konjunkturaufschwung induzieren zu können. Aber gerade in dieser Beziehung, und dies nicht nur in der Schweiz, wurden die Erwartungen eher *enttäuscht*. Die Milliardenbeträge, die die Regierungen der Industriestaaten in den vergangenen Jahren in die Konjunkturankurbelung gepumpt haben, vermochten *keine Tendenzwende* zustandezubringen. Wenn dem aber so ist, reduziert sich die staatliche Investitionspolitik auf eine zeitliche *Verlängerung des Anpassungsprozesses*, den die Bauwirtschaft durchzustehen hat. Aus diesem Grunde stösst sie paradoxerweise auch immer mehr in der Bauwirtschaft selbst auf Skepsis. Dies ist ein überraschendes, sicherlich aber kein unbegreifliches Ergebnis aktiver Konjunkturpolitik, an die bisher nicht wenige glaubten.

Willy Linder

AFRIKAS UNGEWISSE ZUKUNFT

Die Warnsignale, die in den letzten Wochen ertönten, um die westliche Welt auf die drohende Gefahr eines Abgleitens Afrikas in den Hegemonialbereich Moskaus aufmerksam zu machen, haben weitherum als Schock gewirkt. Eine kühne globalstrategische Zangenbewegung des Kremls quer durch den dunklen Erdteil schien sich abzuzeichnen, koordiniert mit dem kubanischen Partner, der seine durch den Angolakrieg gewonnene afrikanische Position auszubauen versucht. Unter diesem Blickwinkel mochte auch das zeitliche Zusammenfallen der Reisen *Podgornys* und *Castros* durch Afrika mehr als nur ein Zufall sein, ebenso das abschliessende kubanisch-sowjetische Treffen in Moskau.

Das erstellte Szenario ist von überwältigender Simplizität. Mit einer gewissen Ausdauer und Konsequenz hat die Sowjetunion sich auf dem schwarzen Kontinent festgesetzt, ihren Einflussbereich kontinuierlich ausgedehnt und die Maschine ihres staatlichen Agitprop-Apparates auf Hochtouren laufen lassen. Der Zweck ist leicht zu durchschauen: in der Weltöffentlichkeit sollte der Eindruck haften bleiben, dass das unüberwindliche Banner des Sozialismus, getragen von der siegreichen Sowjetunion, bald über ganz Afrika wehe und die letzten Reste des westlichen Kolonialismus vertilgen werde. Dabei sollte die Kampagne nicht nur für die Sowjetunion bei den unabhängigen afrikanischen Staaten werben, sondern gleichzeitig die Stellung des Westens in Südafrika erschüttern.

Nüchtern betrachtet ist die sowjetische Aktivität in Afrika zunächst wohl vor allem ein *Störmanöver*, wenn auch ein grosszügig angelegtes. Der Kreml

dringt in eine Lücke ein, welche die Politik Washingtons hier nach dem Schock von Vietnam offen lassen musste. Kissingers Versuch vom vergangenen Jahr, durch seine Erklärung von Lusaka die Entwicklung in Weissafrika zu steuern und damit einigermassen in Griff zu bekommen, hat sich als untaugliches Mittel erwiesen. Präsident Carter und sein Aussenminister sind noch zu wenig lange im Amt, um hier neue Marksteine zu setzen. Der Versuch Staatssekretär Vances, die Kremlführung zu einer Art Stillhalteabkommen über Afrika zu bewegen, hat bei den sowjetischen Politikern wenig Anklang gefunden – von ihrem Gesichtspunkt aus begreiflicherweise, denn sie versprechen sich offensichtlich mehr davon, wenn die Szene in Afrika in Bewegung bleibt.

Damit aber sind auch die *Grenzen* des russischen Engagements einigermassen abgesteckt. Für die Landmacht Sowjetunion ist Afrika kein direktes, vitales Problem wie etwa Westeuropa oder China. Zudem stösst die Sowjetmacht hier in Bereiche vor, deren Probleme widersprüchlich-komplex und ihr fremd sind. Die Erkenntnis, dass Russland sich in Afrika übernehmen und damit entscheidende Rückschläge riskieren könnte, dürfte auch bei den sowjetischen Machthabern verbreitet sein, selbst wenn unter ihnen möglicherweise divergierende Kräfte wirken. Für Abenteuer weitab der eigenen Einflusszonen aber gibt sich Moskau, wie die Erfahrung zeigt, nur schwerlich hin.

Die Überlegung, dass die gegenwärtige sowjetische Offensive in Afrika differenziert nach Propaganda und Realität beurteilt werden muss, bedeutet freilich nicht, dass damit die Gefahr eines Übergreifens der russischen Vormacht auf den dunklen Erdteil überhaupt nicht existent sei. In der entscheidenden Phase der Auseinandersetzung um den Süden Afrikas, die nun begonnen hat, verfügt auch der Westen über Chancen. Sie werden um so grösser sein, wenn man nicht wie das Kaninchen auf die Schlange gebannt nur auf den Kommunismus starrt und damit Reformen auszuweichen sucht, die heute unumgänglich sind.

Alfred Cattani

Um im Alltag und Sport fit zu bleiben, ist eine ausgewogene Ernährung besonders wichtig. Ovomaltine ist die ideale Mischung von all dem was stärkt und verbrauchte Energie ersetzt. Darum ist Ovomaltine gut und gibt das Beste zu einem guten Tag.